

Die Oberbürgermeisterin



Universitätsstadt Gießen • Dezernat I • Postfach 110820 • 35353 Gießen

FDP-Fraktion Gießen

Herr

Dr. Klaus Dieter Greilich

über Büro der Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Dietlind Grabe-Bolz
Zimmer-Nr.: 02-009
Telefon: 0641 306-1001
Telefax: 0641 306-2001
E-Mail: dietlind.grabe-bolz@giessen.de

Datum: 26. Februar 2020

Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.02.2020; ANF/2079/2020

Sehr geehrter Herr Dr. Greilich,

Sie haben folgende Anfrage gestellt:

„Arbeitgeber sind gemäß dem Arbeitsschutzgesetz dazu verpflichtet, Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit zu sichern und zu verbessern. Seit mehreren Jahren ist den Berichterstattungen nach eine deutliche gestiegene Gewaltbereitschaft gegen kommunale Mitarbeiter zu entnehmen.“

Vor diesem Hintergrund stelle ich gemäß § 28 GO folgende Anfrage an den Magistrat und bitte um schriftliche Beantwortung und Behandlung in der folgenden Stadtverordnetenversammlung.

1. Wie viele Übergriffe (differenziert nach tätlich und verbal, d.h. einschließlich Drohungen und Beleidigungen) auf Mitarbeiter der städtischen Verwaltung sind in den letzten vier Jahren jeweils pro Jahr erfasst worden?“

Meine Antwort lautet wie folgt:

Es gibt keine zentrale Statistik zu Übergriffen auf Mitarbeitende, da es den Mitarbeitenden freisteht, die Vorfälle zu melden. Ebenso steht es den Mitarbeitenden frei, an wen sie sich wenden; das kann die Führungskraft sein, der Personalrat, die Beauftragte für Frauen und Gleichberechtigung usw.

Sie haben folgende weitere Fragen gestellt:

„2. Wie viele Strafanzeigen wurden infolgedessen gestellt?“

3. In welcher Form wurden die Straftaten strafrechtlich weiterverfolgt, Anklage erhoben, eine Verurteilung erwirkt oder eine Einstellung strafrechtlicher Verfahren verfügt?“

Meine Antworten zu den Fragen 2 und 3 entnehmen Sie bitte dieser Tabelle:

Jahr	Straftatbestand	Ergebnis Staatsanwaltschaft
2016	Strafantrag gegen unbekannt wg. Beleidigung	Verfahren eingestellt, da Täter unbekannt
2017	Strafanzeige wg. Bedrohung	Verfahren eingestellt mit Auflage 2x 250,00 € an gemeinnützige Einrichtungen zu zahlen
2017	Strafantrag wg. Beleidigung	Strafbefehl 50 Tagessätze á 10,00 €
2018	Strafanzeige wg. Bedrohung	Verfahren eingestellt, da Täter unbekannt
2019	Strafantrag gegen unbekannt wg. Körperverletzung und Beleidigung	Verfahren läuft noch

Sie haben weiterhin folgende Frage gestellt:

„4. Welche Maßnahmen werden vor Ort ergriffen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei akuter Gefahrenlage direkt zu schützen?“

Meine Antwort lautet wie folgt:

NetAlarm Pro:

Es gibt eine Alarmmanagement-Software, die über die Tastatur bzw. die Maus ausgelöst werden kann.

Notfall-Nummer 1111:

Über die 1111 kann die Leitstelle des Ordnungsamtes über eine Gefahrensituation informiert und die uniformierte Ordnungspolizei kann angefordert werden.

Schließsystem:

Bei einer Bedrohungslage besteht die Möglichkeit, alle Türen zum bedrohten Bereich abzuriegeln.

Polizei:

Die Polizei befindet sich im eigenen Haus und kann bei Bedarf über die 110 angefordert werden. Die Polizeibeamten sind in der Regel innerhalb von zwei Minuten vor Ort.

Weitere Maßnahmen wurden bzw. werden etabliert, um präventiv gegen Gewalt gegen Mitarbeitende vorzugehen:

Seit dem vergangenen Jahr ist das Thema „Gewalt gegen Mitarbeiter*innen“ auf der Agenda des Arbeitskreises Gesundheit. Arbeitsschutz, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Personalentwicklung, Organisationsentwicklung, Personalrat, Schwerbehindertenvertretung sowie die Beauftragte für Frauen- und Gleichberechtigung haben sich mit den Ämtern Ordnungsamt, Stadtbüro und Standesamt, Jugendamt sowie dem Stadtreinigungs- und Fuhramt zusammengesetzt, um in die Entwicklung eines Sicherheitskonzepts einzusteigen. Der Auftakt fand am 04.02.2020 mit einem Vortrag der Unfallkasse Hessen zu dem Thema „Gewaltprävention“ statt.

Im Herbst 2019 wurden zwei Schulungen mit Begehung im Jugendamt im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes mit einer externen Trainerin durchgeführt. Ebenfalls fand eine Schulung zum Thema „Umgang mit Gewalt“ für die Mitarbeitenden des Stadtbüros statt. Für alle Mitarbeitenden wurde die Schulung „Professionelle Kommunikation am Telefon“ angeboten, die auch Konfliktsituationen thematisierte.

Im Bereich der Ausländerbehörde wurden Zwischentüren als Verbindung zu den Nachbarbüros eingebaut, um einen Fluchtweg sicherzustellen. Zusätzlich wurden besonders breite Tische als psychologische Barriere angeschafft. Für den für das Jugendamt geplanten Neubau werden die gleichen baulichen Maßnahmen vorgesehen.

Teil der Maßnahmen sind auch Regelungen, was nach einem Vorfall geschieht. Hier gibt es die Möglichkeit, ein Hausverbot auszusprechen. Die Unfallkasse Hessen bietet zudem eine psychotherapeutische Betreuung bzw. Nachsorge im unmittelbaren Anschluss an eine Gefährdungssituation an. Es wird gewährleistet, dass die Mitarbeitenden innerhalb kurzer Zeit einen Termin mit einem*r Therapeuten*in bekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Dietlind Grabe-Bolz
Oberbürgermeisterin

Verteiler:

Magistrat
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AfD-Fraktion
Fraktion Gießener Linke
FW-Fraktion
FDP-Fraktion
Fraktion Piratenpartei/Bürgerliste Gießen